Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und

Gemeinnützigen

Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Band: 92 (1914)

Artikel: Die Geschichte der Stadt Basel von der Trennung des Kantons bis zur

neuen Bundesverfassung: 1833-1848: dritter Teil

Autor: Burckhardt, Paul

Kapitel: Die Zeit von der Beendigung der Basler Verfassungsrevision bis zur

Eröffnung der Tagsatzung im Oktober 1847

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006948

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

meisten andern Fragen wenig gekümmert, hätte aber Nein gestimmt, wenn das Sandwerk nicht geschützt und der Stadtrat aufgehoben worden wäre. Run aber wurde am 8. April 1847 die neue Verfassung mit 1448 gegen 179 Stimmen gutgeheißen.

So hatte benn die Vewegung vom Oktober 1846 ganz anders geendet, als die meisten Basler und Schweizer erwartet hatten. Wäre damals die Regierung sofort zurückgetreten oder zum Rücktritt genötigt worden, so wäre vielleicht die ganze Verfassungsarbeit unterblieben oder doch verschoben worden. Aber auch die Nationalzeitung anerkannte jest tros den bescheidenen Erfolgen der Liberalen das Gute, das die Verfassungserneuerung gebracht habe; sie sei ein Erzeugnis friedlicher Verständigung und Versöhnung, so weit eine solche ohne Verleugnung der Überzeugungen möglich sei. Diese Gesinnung kam auch in einem gemütlichen gemeinsamen Spaziergang zum Ausdruck, den die Berren Verfassungsräte am Ende ihrer Arbeit nach der Schüßenmatte unternahmen.

Aber trothem beharrten die Liberalen nach wie vor auf dem Verlangen, die eidgenössische Politik Basels müsse sich gründlich ändern und der Kanton müsse auf der Tagsatung zu einem Mehrheitsbeschluß gegen Sonderbund und Jesuiten mithelsen; ja sie waren entschlossen, eine andere Tagsatungsinstruktion mit allen Mitteln zu erzwingen.

Die Zeit von der Beendigung der Basler Verfassungsrevision bis zur Eröffnung der Tagsatzung im Oktober 1847.

Am 5. April 1847 versammelte sich in dürftiger Jahl der alte Große Rat zum letten Mal, und Karl Burckhardt, der lette bürgermeisterliche Präsident, hielt eine ernste und würdige Abschiedsrede. Sechs Tage darauf begannen die Neuwahlen, und nun mußte es sich zeigen, ob der eigentliche Iweck, den die Liberalen bei der ganzen Bewegung im Auge behalten hatten, gefördert wurde. Troß den dringenden Mahnungen der Nationalzeitung war die Beteiligung an den Wahlen gering; auf manchen Jünsten fanden sich nur die Hälfte der Stimmberechtigten oder noch weniger ein, und noch deutlicher als bei den Wahlen zum Versassungsrat ließen die Kandewerker die liberale Partei im Stich. Überhaupt war von einer Vegeissterung für politische Ziele wenig zu spüren; die Vürger schienen sich damals, wie Keusler bemerkte, von den großen Souveränitätsanstrengungen des letzten Winters erholen zu wollen. Die Sache stand ziemlich schlimm für die Liberalen, besonders da in den Wahlkole

legien die Ronfervativen rückfichtslos alle gegnerischen Randidaten zu verdrängen suchten. Dagegen gelang es dem "Justemilieu", eine stattliche Anzahl bedeutender Männer in den Rat zu bringen. Alls das Ergebnis vorlag, war die Niederlage der Freifinnigen nicht zu leugnen; die Ronservativen triumphierten, und auch manche radifale Bürger und Einwohner sahen nicht ohne Schadenfreude die Demütigung der liberalen 3opfbürger. 70 Konservative, 33 Vertreter der Mittelpartei und 31 Freisinnige waren gewählt worden. Die Baster Zeitung wies etwas spöttisch darauf hin, man habe ja alle Forderungen der Opposition in Bezug auf die Wahlen erfüllt: den Zensus aufgehoben, die Zunftwahlen auf den Sonntag verlegt, den Zwanzigjährigen das Stimmrecht gegeben und Quartierwahlen eingeführt; aber aus einer Minderheit könne man eben keine Mehrheit machen. Die radikalen schweizerischen Zeitungen schalten jest die Baster Parteifreunde, daß sie aus Gutmütigkeit im Oktober 1846 nicht losgeschlagen hätten; denn jest bleibe ja alles beim Allten. Jedoch die Nationalzeitung erklärte, die baslerischen Freifinnigen wurden trothem mutig und unentwegt die betretene Bahn fortwandeln. Schließlich war auch der neue Große Rat wirklich ziemlich anders geartet als der alte und zum Präsidenten wurde nicht, wie manche erwartet hatten, Professor Schnell oder L. A. Burckhardt, sondern Professor Rudolf Merian gewählt, der seiner Neigung und Überzeugung nach zu den vermittelnden Männern gehörte. Dem Geift der neuen Verfaffung entsprechend wurde in der ersten Sitzung beschloffen, den Bürgermeistern das Recht des ersten und letten Votums, sowie ihre besondern mit Schreibtischehen versehenen Sitze zu entziehen.

Nur ungern ließ fich der alternde Frey nochmals zum Bürgermeifter wählen; Rarl Burchardt lehnte eine Wiederwahl ab mit der Begründung, von den mancherlei Betrachtungen, die ihn dazu bewegten, spreche er nur die aus, daß seine Rräfte ermübet seien. An seine Stelle wurde nun der bisherige Ratsherr Felix Sarafin gewählt. Allerdings gehörte ber neue Bürgermeifter zu den Konfervativen; aber er war kein schroffer Parteimann; auch war er nicht gewillt, seine Uberzeugung unbefümmert um die Folgen gegen übermächtigen Widerstand zu verfechten; vielmehr war er eber dazu geneigt, eine Berföhnung der Gegenfage zu erftreben. Jedenfalls hatten die Liberalen die Genugtuung, daß Rarl Burchardt nicht mehr als Standeshaupt Basels auf der Tagsatzung erschien, wo er so oft mit dem ganzen Ernst seiner Uberzeugung und mit der Rlarheit seiner eindringlichen Rede den Radikalismus bekämpft hatte. Qluch als einfaches Mitglied des Rleinen Rates wurde er nicht mehr gewählt; als im Rampf zwischen ihm und dem liberalen Oswald der lettere gefiegt hatte, verbat er fich weitere Stimmen. Ebenfo wurden nicht wieder in den Rat gewählt Andreas Seuster, Lukas Merian, der Sohn des ehemaligen Landammanns der Schweiz, Elias Rern und Melchior Münch. Offenbar waren Verhandlungen ber Parteien vorangegangen, und es ift wohl nicht zufällig, daß gerade die vier ersten der genannten Männer zurücktraten oder nicht wieder gewählt wurden; in den Tagen, da der Putsch drohte, sollen ja die Serren der Mittelpartei den Führern der Liberalen das Wort gegeben haben, dafür zu wirken, daß gerade diese vier abträten (S. 35). Alls Vertreter ber Liberalen famen in die Regierung Dberftleutnant Stehlin, ber nun die Leitung des Militärwesens übernahm, und Friedrich Stumm. Rarl Brenner lehnte eine Wahl ab, da er seine freie Stellung im Großen Rat beizubehalten wünsche. Ausgesprochen konservativ gesinnt waren von den neuen Ratsherren der Schwager Sarafins, Abolf Chrift, und Undreas Fafch, ein ehrenfester Bertreter der allen Neuerungen abgeneigten Sandwerker. 3. G. Fürftenberger, Achilles Bifchoff und Rarl Geign gehörten zur Mittelpartei; noch por einem halben Jahr hatten die beiden zulett Genannten eine Wahl in den Rat abgelehnt; unter den neuen Verhältniffen aber waren fie bereit, mit ihren vortrefflichen Erfahrungen und Renntniffen, die Geigy besonders im Finanzwesen und Bischoff im Postwesen befagen, der Regierung zu dienen. Diefe trug nun wirklich ein anderes Gepräge als die frühere; abgesehen von den beiben Bürgermeiftern ftanden sieben Liberale oder Bermittler feche Ronfervativen im Rat gegenüber. Die Regierung war also merkwürdigerweise liberaler als der Große Rat, aus dem fie doch hervorgegangen war. Am Abend des 30. Aprils wurde dem scheidenden Bürgermeister Burckhardt ein stattlicher Fackelzug gebracht; Wilhelm Schmidlin pries in einer Unrede an den Gefeierten beffen Pflichttreue und matellofe Gerechtigkeit. Der Altbürgermeifter übernahm nun die durch Fürstenbergers Wahl zum Ratsherrn freigewordene Stelle eines Appellationsgerichtspräfidenten; aber er betleidete sie nur noch turze Zeit; am 1. Februar 1850 starb er in Difa.

Der Winter von 1846 auf 1847 war überall in der Schweiz eine Zeit der Not; die Getreideteuerung, die Rartoffelkrankheit und die Stockungen im Gewerbe und Sandel hielten die Gemüter in Sorgen und Aufregung, so daß sich die politischen Leidenschaften an manchen Orten zu legen schienen. Auch in Vasel wurde wenig mehr von Iesuiten und Sonderbund gesprochen, und mit der Regierung war man im allgemeinen zufrieden. Der Mann, der über die Volksstimmung Vericht zu erstatten hatte, gab der neuen Regierung den Rat, sie möge sich durch Strenge gegen die Lebensmittelhändler beliebt machen; es wurde nämlich damals beständig über schlechtes Maß und Gewicht der Milchhändler, Väcker und Meßger geklagt; die letzteren seien jest keine Macht mehr wie in den Dreißiger Jahren und brauchten daher nicht geschont zu werden. In der Tat scheint die Polizei den Rat besolgt und das Lob des Publikums dafür geerntet zu haben.

Indes waren die politischen Gegensätze durchaus nicht abgeschwächt worden; dafür sorgten schon die Zeitungen. Mit dem 1. Januar 1847 erschien die Nationalzeitung sechsmal in der Woche, und als zweiter Redaktor zeichnete neben Vrenner ein eben nach Vasel gekommener junger Nadikaler namens Johann Kaspar Wilhelm,

dem die Gegner einmal höhnisch im Tagblatt vorhielten, man merke, daß er einst als Zögling des Freiburger Gymnasiums den Jesuitenmantel getragen habe. Ein höchst widerwärtiger Zeitungskampf zog sich von Anfang des Jahres an monatelang hin. Wiederum wurde von radikaler Seite der Basler Universität vorgeworsen, ihr doktrinär-konservativer Charakter sei ein öffentlicher Schaden und sie entziehe nur der Volksschule Kraft, ohne doch selber etwas Rechtes zu leisten. Auch der Kampf mit der alten Gegnerin, der Basler Zeitung, nahm wieder leidenschaftliche Formen an.

In den ersten Tagen des Jahres 1847 hatten die Freisinnigen im Kanton Freiburg einen Putsch gegen die ultramontane, sonderbündlerische Regierung unternommen, aber das Unternehmen war völlig mißglückt. Run erklärte die Nationalzeitung offen, es gebe politische Lagen, in denen die Revolution berechtigt sei, und erregte dadurch die höchste Entrüftung ihrer Gegner. Aber auch manchen ihrer Gönner war die Verteidigung solcher Theorien peinlich. Die Führer des "Justemilieu" hätten schon früher aus der Nationalzeitung gern ein maßvolles Oppositionsblatt geschaffen; man hatte sogar davon gesprochen, daß Fürstenberger die oberste Leitung übernehmen werde. Jedenfalls wurde das Blatt feit längerer Zeit von angefehenen Serren der Mittelpartei wie von gemäßigten Liberalen regelmäßig und fräftig unterftüßt, freilich ohne daß fie ein Zenfurrecht beanfpruchen konnten. Da nun diese Männer in hober Stellung waren und zum Teil im neuen Rate fagen, ergab fich das fonderbare Berhältnis, daß die Nationalzeitung, die neben maßvollen und friedlichen Artikeln zuweilen auch revolutionäre Gedanken entwickelte, Magiftratspersonen zu Gönnern hatte, die im Großen und Rleinen Rat den Umfturg einer Regierung oder die Unwendung von Gewalt gegen die Sonderbundsstände verabscheuten. Im Tagblatt erschienen nun Aufforderungen an die Aktionäre der Nationalzeitung, fie follten dem Blatt ihre Silfe entziehen, damit die Ordnung nicht geftört werde. Ratsherr Seusler hielt in seiner gewohnten scharfen Weise den Serren der Mittelpartei ihre Stellung vor: "Sie bezahlen mit Geld Dinge, welche fie verabscheuen. Dder ift ihre Sprache im Großen Rat geheuchelt? Sind fie Betrüger oder find fie Betrogene?" Die Nationalzeitung bezeichnete er als ein Blatt, über das jeder sein Urteil abgeschloffen habe, der noch einen sittlichen Salt besitze. Darauf antworteten nicht nur die Freisinnigen mit giftigem Sohn, sondern auch ein Vertreter des Juftemilieu wies im höchsten Born "die zutäppische und bösartige Arroganz" des Altratsherrn zurück, deffen Zeitung Bafel in einen allgemeinen Mißkredit gebracht habe. Gerade das Justemilieu sei endlich des alten Gängelbandes müde gewesen und habe durch seine Unnäherung an das fogenannte junge Bafel großes Unglück abgewendet. Seit bem Serbst 1846 hätten darum manche der Nationalzeitung in erhöhtem Maß ihre Aufmerksamkeit zugewendet, und wenn man ihr auch nicht in allem zustimme, so habe sie doch unleugbar viele schwarze Wäsche mit der gehörigen Lauge übergoffen und überhaupt Bahn für wirklichen Fortschritt gebrochen.

Aber nicht nur die Zeitungen, sondern auch die politischen Vereine hielten die Gegenfätze unter der Bürgerschaft wach. Im Januar 1847 wurde ein Gedanke verwirklicht, der schon nach dem Räppisturm ausgesprochen worden war. Biele konfervative Bürger traten zu einem Bürgerverein zusammen. Der 3weck der Vereinigung war, im Innern den gesetslichen Zustand zu erhalten und Verfassung und Regierung vor jeder Gewalt zu schützen; in Bezug auf die eidgenöffische Politik sollte fie dahin wirken, daß Bafel durch Bermittlung, soweit die beftebende Bundesatte eine folche geftatte, den Bürgerfrieg zu verhüten helfe. Der Bürgerverein wurde von Wilhelm Schmidlin geleitet und versammelte fich gewöhnlich im Storchen. Große Bedeutung gewann er freilich nicht; viele, die sich gern als friedliebende Bürger angeschlossen hätten, scheuten sich, ihre Unterschrift zu geben. Bei den Patrioten aber lachte man über das Bürgermilitär des Storchenvereins, das im Augenblick der Gefahr ja doch bei Frau und Rindern bleibe. Übrigens dachten die Freisinnigen jett nicht an Gewalt; der Beobachter meinte, vorläufig erscheine ihnen die Entfernung Burckhardts vom Steuerruder als hinlängliches Sühnopfer; immerhin wäre es klug von der Regierung, in der bevorstehenden Tagsatungsinstruktion etwas nach links abzuweichen; man dürfe auch nicht übersehen, daß die hiesigen Jünglinge, selbst die Söhne der ärgsten Ronfervativen, dem Liberalismus offen oder versteckt huldigten.

Im Frühling 1847 hatte fich der bernische Volksverein zu einem allgemeinen schweizerischen Volksbund erweitert; sein Ziel war besonders die Umgestaltung des alten Bundes, die, wenn die Behörden versagten, mit Gewalt vom Volk erzwungen werden follte. Diesem Volksbund schloß sich nun auch der patriotische Verein in Vasel an; doch geschah dies erst am 3. August 1847. Es scheint, daß die Säupter des Basler Bereins sonst die Bildung einer besonderen Ortsgruppe des Volksbundes fürchteten, eines raditalen Konkurrenzvereins, dem sich dann viele schweizerischen Niedergelaffenen angeschloffen hätten. Auch die kleine in Bafel bestehende Sektion des 1838 in Genf gegründeten Grütlivereins nahm am allgemeinen Volksbund teil. Dem baslerischen Grütliverein gehörten damals meift jungere Leute einfachen Standes an; Wilhelm Rlein war Mitglied des patriotischen und des Grütlivereins. Die Grütlianer suchten ihre Vildung zu fördern und besprachen politische und soziale Themen im Sinn des damaligen patriotischen Raditalismus. Eine kleine Bibliothek, die die deutschen Rlafsiker, die Geschichtswerke Johannes von Müllers und freisinnige Zeitungen enthielt, stand den Mitgliedern zur Berfügung; das leitende Romite ftellte Aufgaben und die Mitglieder schrieben Auffage barüber, die dann vorgelesen wurden. Der geheime Agent, der den Behörden wohl den ersten Bericht über die Tätigkeit des Vereins vermittelte, ermangelte nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Patrioten und der Grütliverein durch ihren Unschluß an den Volksbund der Regierung das Recht einräumten, fie aufzulösen, sobald der Volksbund irgendwo in der Schweiz seine revolutionäre Theorie praktisch betätige. Indes war der Baster Grütliverein damals noch klein, und im patriotischen Berein bildeten die zahlreichen Sandwerksmeister den natürlichen Semmsschuh gegen gefährliche Schritte.

Mit dem Frühling des Jahres 1847 begann überall in der Schweiz der Parteitampf aufs neue. Am 2. Mai errangen die Liberalen im Kanton St. Gallen nach leidenschaftlicher Wahlschlacht eine schwache Mehrheit im Großen Rat; damit war die zwölfte Stimme für die Ausstöfung des Sonderbundes und die Ausweisung der Jesuiten gewonnen. Douze voix font loi! jubelten die welschen Radikalen. In diesem entscheidenden Jahr war Vern Vorort geworden und Ulrich Ochsenbein, das Saupt der neuen radikalen Verner Regierung, leitete als Vundespräsident die Tagsatung. Ein Vandenchef, wie Fürst Metternich den Freischarensührer nannte, war jest der höchste amtliche Vertreter der Eidgenossenschaft. Die Gesandten Preußens, Österreichs und Rußlands mußten zwar die ihnen widerwärtige Vundesregierung anerkennen, siedelten aber von Vern nach Zürich über, und der neue französische Gesandte, Graf Bois le Comte, stellte das Eingreisen Frankreichs in Lussicht, wenn einzelne Kantone in ihrer Unabhängigkeit bedroht würden.

Der preußische Rönig Friedrich Wilhelm IV. und der alte Fürst Metternich sahen in dem Rampf der schweizerischen Radikalen gegen den Sonderbund nur einen Angriff des ruchlosen Revolutionsgeistes auf das Recht und die Treue. Jedoch ein kräftiges, gemeinsames Einschreiten der Großmächte war dank dem gegenseitigen Mißtrauen und der zögernden Vorsicht der Gerrscher und Minister sehr schwierig. Daß aber die meisten monarchischen Regierungen ihre Sympathie und Fürsorge einseitig und offen der katholischen Rechtspartei zuwandten, verlette einerseits den empfindlichen Patriotismus der Radikalen und verblendete anderseits die Säupter des Sonderbunds, die nun fest auf die Silfe des Auslandes im bevorstehenden Kampfe glaubten rechnen zu dürfen; sie wußten, daß sie tros der prahlerisch verkündeten Vortrefflichkeit der Wehranstalten der Übermacht der Gegner allein nicht gewachsen waren. So beschlossen sie denn, insgeheim an verschiedenen Orten anzuklopfen, um Waffen und Geld zu bekommen. Schon im Juli 1846 hatte man fich von Luzern aus an das k. k. öfterreichische Rabinett, zu deffen natürlichem Wohlwollen die Führer des Sonderbundes am meiften Zutrauen hegten, mit der Bitte um einen tüchtigen General gewandt; im November des gleichen Jahres reifte Bernhard Meyer nach Turin und erlangte von König Karl Albert von Sardinien die Lieferung von 2000 Gewehren. 3m April 1847 begaben fich die Bevollmächtigten der schweizerischen Rantone nach Wien zur Besprechung eines neuen Postvertrags mit Öfterreich. Der Baster B. La Roche war dabei der Vertrauensmann verschiedener radikaler Rantone, nicht aber derjenige der früheren Freunde Basels, Luzerns und der Urkantone; diese vertrat vielmehr der Urner Landammann Müller und Bernhard Meyer. 3war verftand ber





X

lettere nichts vom Postwesen; aber seine Sauptaufgabe in Wien war auch eine ganz andere: er sollte heimlich von Metternich Geld und Wassen für die Sache des Sonderbunds erbitten. Freilich bestand die Silfe Österreichs nur in schönen Trostworten und Versprechungen für später. Der Feldmarschall Nadesth, der damals den Plan zu einem Einmarsch seiner Truppen von Italien in die Schweiz schon bereit liegen hatte, besam zwar den Vesehl, ein paar tausend Gewehre nach Luzern zu schicken; aber diese Wassen wurden später, wie auch eine französische Sendung, abgefangen, bevor sie an ihrem Vestimmungsort anlangten. Da kein österreichischer General zu bestommen war, wählte der sonderbündische Kriegsrat einen für das Recht und die Freiheit der ältesten Vundesstände begeisterten Protestanten, den Graubündner Ulrich v. Salis-Soglio, der zwar ein ehrlicher und tapferer Soldat, aber ein schlechter Heer-führer war.

So standen die Dinge in der Eidgenoffenschaft, als in Bafel der Rleine Rat die Inftruktion zur bevorftehenden Tagfatung beriet. Geine Unträge entsprachen der politischen Stellung des Rantons; man war, wie die Nationalzeitung richtig urteilte, aus dem alten Geleise heraus, aber schien sich zu fürchten, das alte System völlig zu verleugnen; fo mußte denn der Vorschlag des Rates einem rechten Radikalen wie einem rechten Konfervativen schwankend und diplomatisch gewunden erscheinen, weder Fisch noch Vogel. Die Regierung schlug folgende Instruktion vor: Bafelstadt gibt einer teilweisen Revision des Bundesvertrags den Vorzug, läßt sich aber auch eine totale gefallen; da der Sonderbund nicht im Einklang mit dem bestehenden Bundesvertrag ift, werden die fieben Stände freundeidgenöffisch eingeladen, ihn aufzulösen, unter der Voraussetzung fräftiger Bundeshilfe gegen jeden Eingriff in ihre inneren Angelegenheiten; die Frage der aargauischen Rlöster ift als erledigt zu betrachten; in Bezug auf die Jesuiten würde es Basel gern sehen, wenn Luzern um der Versöhnung und um seiner vorörtlichen Stellung willen den Orden entfernte; dagegen soll die Tagfatung die Zesuitenfrage nicht weiter verfolgen und den Orden nicht aus den übrigen Rantonen zu vertreiben suchen. Es war für Bafel unerhört, daß die Tagfatungsinstruktion erst nach dreitägiger Beratung am 16. Juni erledigt wurde; in der Sauptsache aber wurden die Vorschläge des Rates angenommen. Es war begreiflich, daß sie den Liberalen nicht genügten; Ratsherr Stehlin verlangte, daß der Sonderbund als unverträglich mit dem Bundesvertrag bezeichnet werde und sette in Bezug auf die totale Bundesrevision eine entschiedenere Fassung durch; freilich follte eine Totalrevision "nur auf der Grundlage der Souveränität der 22 Stände" erfolgen. Die bekanntesten Ronservativen wollten umgekehrt die Bundeswidrigkeit mehr in den Zuftänden, die den Schupvertrag hervorgerufen hätten, als in diesem selbst erblicken; ebenso verteidigte ihn Bürgermeister Sarafin gegen den Vorwurf, er sei ein Vollwerk Öfterreichs, wie benn auch die Baster Zeitung damals noch nicht glauben wollte, daß

die Sonderbündler fremde Silfe angerufen hätten oder anrufen würden. Immerhin kam es deutlich zum Ausdruck, daß die große Mehrheit der Ratsversammlung den Sonderbund mißbilligte; doch verwahrten sich nicht nur die Vermittler, sondern auch die Radikalen dagegen, daß sie eine gewaltsame Auflösung des Sonderbundes und den Vürgerkrieg wollten.

Lange Redekämpfe gab es nochmals bei der Jesuitenfrage. Den einen erschien die vorgeschlagene Erklärung zu schwächlich, den andern bereits unstatthaft. Söchst unzeitgemäß, aber großzügig war der Antrag Professor Schönbeins, den niemand als Finsterling verdächtigen konnte: er verlangte, die Iesuitenfrage müsse aus Abschied und Traktanden fallen, weil sie wider den klaren Grundsat völliger religiöser Freiheit verstoße. Er wies dabei auf England und Amerika hin, wo man sich einer solchen Iesuitenangst schämen würde; in dem Staat, wie er ihn sich denke, sollten strenggläubige Protestanten und Ratholiken, Lichtfreunde, Pietisten, Juden und Seiden das gleiche Recht haben. 28 Großräte stimmten ihm bei; aber schließlich nahm die Mehrheit doch den Antrag des Kleinen Rates an. Alls Gesandte an die Tagsatung wurden Bürgermeister Sarasin und Großratspräsident Rudolf Merian gewählt; Vrenner hatte nur 20 Stimmen erhalten.

Es war vorauszusehen, daß Basel mit seiner "Lauwasserpolitik" an der Tagsatung vereinsamt stehen werde. Wohl hatte es nach dem Ausdruck einer schweizerischen Zeitung seinem Saus eine andere Fassade gegeben und den Schüttstein dem Sonderbund zugekehrt; aber einem gebieterischen Mehrheitsbeschluß, der nicht nach dem bestehenden Recht, sondern nur im Sinblick auf ein gesundes politisches Ziel zu rechtsertigen war, wollte sich Basel nicht anschließen; freilich war es unkonsequent, daß man doch einen geschehenen offenen Rechtsbruch, nämlich die Aussehung der aargauischen Klöster, aus politischen Rücksichten anerkannte.

Basels Stellung auf der Tagsatung im Juli 1847 war weder erfreulicher noch nußbringender geworden, seit es seine frühere bestimmte Haltung aufgegeben hatte und eine aussichtslose Versöhnung unvereindarer Gegensäte erstrebte. Der jetige erste Gesandte, Bürgermeister Sarasin, sprach mit herzlicher vaterländischer Empfindung; dabei liebte er zuweilen ein bilderreiches Pathos, das man sonst an den baslerischen Gesandten nicht gekannt hatte. Sarasin begann seine lange Rede über die Sonderbundsfrage mit der Erklärung, er bringe einen Friedensgruß; Vasel, das einen scheindar unvermeidlichen gewaltsamen Ausbruch durch eine glückliche Versöhnung beseitigt habe, hoffe nun auch im weiteren Vaterland gemäß der Vestimmung seines Vundesbriefes friedlich vermitteln zu können. Der Sonderbund, wenn auch ein Vund der Notwehr, sei doch eine krankhafte Erscheinung im Vundeskörper; nur darin, daß die Tagsatung den sieden Orten gleichzeitig die Jusicherung kräftiger Vundeshilfe gebe und sie zur Ausschläung des Schusvertrags freundlich einlade, sei das Keilmittel zu

finden. Jede Drohung rufe nur eine neue Schroffheit der Begner hervor, und die Unwendung von Gewalt bedeute den Inbegriff alles Unglücks, die Auflösung aller Bande, den entsetlichen Bürgerkrieg. Allein diese Worte verklangen ohne Wirkung; Bafelftadt stand mit seinem Antrag allein. Die zwölf und zwei halben Stände erklärten am 20. Juli den Schutvertrag der fieben Rantone für aufgelöft und faßten den Beschluß, die Tagsatung behalte sich, wenn es die Umstände erforderten, die weitern Maßregeln vor, mit denen sie dem Beschluß Achtung verschaffen könne. Am 2. September beschlossen die gleichen Stände, eine Einladung an alle Jesuitenkantone zu erlassen, sie sollten die Mitglieder des Ordens entfernen; zugleich erklärten sie, es durften sich fünftig keine Jefuiten im Gebiet der Eidgenoffenschaft anfiedeln. Die fieben Rantone aber bestritten einer Mehrheit von Ständen jedes Recht zu folchen Beschlüffen, in denen sie einen neuen Angriff auf ihre Souveränität sahen. Bernhard Meyer erflärte im Namen seiner Rollegen, die sieben Orte könnten nur dann von ihrem Bündnis zurücktreten, wenn die aargauischen Rlöster wiederhergestellt würden, die Jesuitenfrage fallen gelaffen werde und jede Underung des Bundesvertrags unterbleibe, die die Selbständigkeit der Rantone untergrabe. Damit war eine klare Lage geschaffen; wenn der Mehrheitsbeschluß der Tagsatung nicht wie so mancher frühere unausgeführt blieb, war ein Rrieg unvermeidlich. Eben darum hielt es die Basler Gefandtschaft für ihre Pflicht, gegen alle Magregeln zu stimmen, die zur Durchführung des Beschlusses dienten. Allerdings gab Baselstadt auch seine Stimme zu einer totalen Bundesrevifion, fo daß jest zum erstenmal dreizehn Stände darin einig waren; um aber die Gegner zu beschwichtigen, betonte Sarafin die Notwendigkeit der Zustimmung aller Glieder im Staatenbund und nannte die langfame, teilweise Revision den einzigen Weg einer friedlichen Entwicklung. Es war aber nur eine schöne Phrase, wenn er dabei den Wunsch aussprach, die Bundesrevision, in welcher Form sie auch gesucht werde, solle die Sonne sein, auf die fich die Blicke aller Schweizer richten und vor deren belebenden Strahlen die unheilvollen Phantome des Sonderbundes und der Jesuitenaustreibung zerfließen möchten. Auch fein Votum über die Rlofterfrage begleitete er mit dem frommen Wunsch, Alargau möge in der Pandorabüchse des Aufhebungsbeschluffes doch noch etwas finden, was es als heilenden Balfam in die Wunde des Vaterlandes gießen könne. In der Jefuitenangelegenheit redete Rudolf Merian für Bafelftadt; er stimmte mit den Gesandten der sieben Orte, Neuenburgs und Innerrhodens für Entfernung der Forderung aus Abschied und Traktanden, fügte jedoch für seinen Stand allein die erwähnte vorsichtige Andeutung von Basels Wunsch bei. Auch er pries die Versöhnung als die einzige Rettung, wenn die Schweiz in dem Sturm bestehen bleiben solle, der bald in Europa losbrechen werde.

Mit fast allen seinen versöhnlichen und vorsichtig abgewogenen Unträgen und Bünschen hatte Baselstadt auf der Tagsatzung vereinsamt dagestanden, "von Gott und

den Menschen, ja sogar von Neuenburg verlassen", sagte die Nationalzeitung. Die Tagsatzung vertagte sich nun bis zum 18. Oktober; in dieser Zwischenzeit mußte die entscheidende Frage, ob und wie ihre Beschlüsse durchzusühren seien, vom Volk und von den kantonalen Behörden in deutlicher Weise beantwortet werden.

Während noch in Vern die Tagsatzung versammelt war, spielte sich in Basel ein Vorfall ab, bei dem unerwartet schnell und ftark die politischen Leidenschaften aufloderten. Die eidgenöffische Schützenfahne, die fich seit dem Juli 1844 in Basel befand, wurde nun mit dem üblichen feierlichen Gepränge nach Glarus geleitet. 21m 15. Juli, an dem Tag, da die Fahne Bafel unter Ranonendonner verließ, schrieb Seuster in der Baster Zeitung: "Es gibt viele, die durch diefen Fahnenkultus verlett werden; wir gehören zu denen, die den großen so gut wie den kleinen Rindern ihr Spielzeug laffen. Beffer immerhin, fie spielen mit einem Feten Tuch, als fie spielen mit den Fegen des durch ihre Leidenschaft zerriffenen Baterlandes." Schon am gleichen Albend herrschte in allen Wirtshäusern gewaltiger Born und Lärm über diese Worte. Um andern Tag erschien in der Nationalzeitung eine Aufforderung an alle, die "die vaterländische Fahne" nicht der öffentlichen Verachtung preisgeben wollten, sich am Abend zu einer Besprechung in der Safranzunft einzufinden; Beuslers empörender Sohn sei eine vom Zaun geriffene maßlose Befehdung der Liberalen. Bald war der Bunftsaal zu Safran überfüllt; in allen Räumen bes Saufes, auf ben Treppen, auf der Straße bis zum Marktplat drängte fich die Menge, gegen 1000 Perfonen. Vor zwei Tagen noch hatte in der Stadt die größte Ruhe geherrscht, und jest war eine Aufregung und eine zornige Entschiedenheit bei all diesen Bürgern und Einwohnern wahrzunehmen, wie sie sich kaum im Oktober 1846 gezeigt hatte. Nach übereinftimmenden, zuverläffigen Berichten drohten Gewalttätigkeiten, und Seuslers Leben und Eigentum schwebten in Gefahr. Die Unwesenden verlangten, das Bolf muffe sofort zum Landhaus des Ratsherrn vor dem Riehentor ziehen und fich selbst Genugtuung holen. "Wir wollen hinaus, hinaus! A la lanterne!" so wurde geschrieen. Einem folchen Bug hätten fich sogleich Tausende angeschloffen, und ein Einschreiten der Polizei, der Standestruppe oder ein Landwehraufgebot war ja nicht zu befürchten. Endlich gelang es den ernftlichen Bemühungen angesehener Liberalen, besonders des alten Ratsherrn Oswald, die Versammlung zu bewegen, daß sie jest auseinanderging und es einem Ausschuß von 15 Männern überließ, von Seusler Genugtuung zu fordern. Um Abend des folgenden Tages wollte man fich wieder zu Safran versammeln, und wenn dann kein Widerruf vorliege, so solle der Verfaffer des Schmähartikels auf dem eidgenöffischen Schügenfest für ehr- und wehrlos erklärt werden. Seusler, der bereits nachts Warnungen bekommen hatte, empfing am andern Morgen früh um halb sieben Uhr die 15 Abgeordneten, deren Wortführer Oberft Braun war. Er erklärte sofort, daß ihm eine Beschimpfung der Fahne und der Schützen durchaus fern gelegen habe

und daß er nur die übertriebene Fahnenverehrung habe tadeln wollen. Aber damit waren die Abgeordneten nicht zufrieden; fie drangen ftürmisch auf ihn ein, er muffe gleich den von ihnen mitgebrachten Widerruf unterzeichnen, damit er zur Mittagszeit in der Baster Zeitung erscheinen könne. Sie schilderten, wohl etwas übertreibend, die furchtbare Erregung des Volkes und befonders der Milizen; Seusler könne nicht in die Stadt kommen, ohne ermordet zu werden; ja die Volkswut werde vielleicht noch andere Opfer fordern. Seusler, im tiefften erschüttert, war drauf und dran, "mit gefolterter Seele" den Widerruf zu unterzeichnen, der die Vernichtung seiner außern Ehre bedeutete, nur um "Basels Geschichte ein schwarzes Blatt zu ersparen." In diefem Augenblick traten Wilhelm Schmidlin und andere Freunde ein und baten ihn eindringlich, fich noch eine halbe Stunde Bedenkzeit zur Abfaffung einer eigenen Erflärung zu nehmen. Nur ungern willigten die Abgeordneten ein; daß er die zugestandene Frift überschritt, wurde ihm nachher von der Nationalzeitung als Wortbruch vorgeworfen. Mittags erschien dann in der Zeitung eine Erklärung des Altratsberrn im Sinn berjenigen, bie er mundlich abgegeben hatte. Sie flang allerdings anders als der verlangte Widerruf und befriedigte die Gegner nicht. Uber den Sonntag, wo vielleicht ein neuer Tumult zu erwarten war, verließ Seusler die Stadt. Mit einer zweiten, von Schmidlin, als bem Bevollmächtigten Beuslers, verfaßten Untwort wären zwar die Abgeordneten zufrieden gewesen, da das Bedauern darin ausgesprochen war, daß die Faffung des Artikels eine nicht beabsichtigte Deutung veranlaßt habe; aber die zweite Versammlung zu Safran nahm fie nicht an und feste eine schriftliche Erflärung des Inhalts auf, daß der Redaktor der Basler Zeitung die öffentliche Berachtung bes gangen Schweizervolkes verdiene. 355 Burger und Einwohner unterzeichneten bas Schriftstud, das bann wirklich in der Schügenfesthalle in Glarus unter Pereatrufen verlefen murbe. 4 Bochen nach dem Ereignis überreichten andere Basler Bürger und Einwohner dem Ratsherrn auch eine Adresse mit 400 Unterschriften als Ehrenzeugnis und Protest gegen die ihm angetane Beschimpfung. Der Rat hatte schon am Tag nach ber erften Versammlung eine Proflamation erlaffen, - es war bie erfte der neuen Regierung, — in der er vor ungesetlichen Schritten und vor einer unwürdigen Unterdrückung der freien Meinungsäußerung warnte. Die Aufregung in Basel war freilich bald wieder verrauscht; aber der fragliche Urtitel hatte den Freifinnigen den Vorteil einer großen Volksdemonstration verschafft. In der liberalen Schweiz wurde der Saß gegen das konfervative Bafel wieder aufs neue entfacht; in Alarau hielt die Post aus Vorsicht die verhängnisvolle Nummer der Baster Zeitung fo lange zuruck, bis die als Feten bezeichnete heilige Fahne weiter gereift war. Wiederum, wie schon mehrmals früher, wurde in Zeitungen und Briefen gedroht, die freifinnigen schweizerischen Raufleute würden ben geschäftlichen Verkehr mit Bafel abbrechen. Und doch hatte Seuslers unvorsichtiger Artikel nichts Unerhörtes enthalten. Gerade damals beschloß z. 3. die konservative Schützengesellschaft der Stadt Zürich, die eidgenössische Fahne gar nicht zu empfangen, weil sie eine Parteisahne sei. Das urteilslose und gehässige Schimpfen über Basel veranlaßte sogar die Nationalzeitung, einmal die Vaterstadt in Schutz zu nehmen: sie wies darauf hin, daß in den meisten Sauptstädten der freisinnigen Kantone, in Vern, Zürich, Laufanne, Schaffhausen und sogar in Llarau die Jöpfe und Llristokraten noch mehr herrschten als in Vasel; jedenfalls habe in keiner andern Schweizerstadt der Liberalismus so große Fortschritte gemacht.

Unaufhaltsam trieben die feindlichen Parteien in der Schweiz dem Krieg entgegen. Im September und Oftober entschieden die gesetzgebenden Behörden der Mehrheitsftande, fofern es nicht schon früher geschehen war, daß die Sagsagungsbeschluffe, wenn nötig, mit Waffengewalt durchzuführen seien. Bergebens hatten fich die konservativen Minderheiten dagegen gewehrt. In den Sonderbundskantonen aber war weitaus der größte Teil der Bevölkerung ganz auf Seite seiner Führer und ruftete fich in todesmutiger Begeisterung, wie es schien, zum Rampf gegen die Übermacht. Die Landsgemeinden der Urftande, besonders die schwyzerische bei Rotenturm, waren gewaltige Rundgebungen eines entschloffenen und opferfreudigen Volkes; in allen Rirchen wurde ohne Unterlaß um himmlische Silfe gegen die Feinde der alten Freiheit und des alten Glaubens gebetet, und große Wallfahrten wurden unternommen. Gleichzeitig übte man den Landfturm ein, vermehrte die Munitionsvorräte, errichtete Schanzen und Verhaue. Die Tagsatungsmehrheit hatte schon am 11. August 1847 die Einfuhr von Waffen und Munition in das Gebiet der sieben Stände unterfagt, und auf den Rat des Staatskollegiums hatte der Basler Rat der Raufhausverwaltung die Weisung erteilt, feine solche Sendungen abgehen zu laffen. Man behauptete aber, mit Recht oder mit Unrecht, daß tropdem von Basel aus oder doch über Basel Munition verschiedener Art den Sonderbündlern zugeschickt werde; jedenfalls wurden vom Juli an bis in den Oktober mehrere Frachtwagen, die vom Basler Raufhaus her kamen, in Lieftal oder im Ranton Largau angehalten und ohne Erfolg untersucht. Da hiebei etwa gar die Pferde ausgespannt und die Güter abgeladen und wieder schlecht verpackt murden, erlitten die Fuhren bedeutende Berspätungen. Der Eifer der basellandschaftlichen Beborden ging soweit, daß fie im Oktober dem Baster Raufhaus mitteilte, man werde von nun an auch teine eisernen Maffeln paffieren laffen, weil diefe zu Rriegszwecken benütt werden könnten. Im gleichen Monat wurden zwei baslerische Sendungen alter Waffen und alter Munition, die deutlich nach Burich adreffiert waren, aus angeblich berechtigtem Mißtrauen in Rheinfelden konfisziert. Alls dann der Rrieg wirklich ausbrach, ftockte überhaupt jeder Berkehr auf der Straße von Basel nach Luzern.

Über die Stimmung der Bürger und Einwohner von Bafel mährend der letten Monate vor dem Ausbruch des Sonderbundskrieges find wir durch die Zeitungen und

besonders durch die Berichte des Polizeiagenten sehr genau unterrichtet. Die Liberalen wollten noch im Juni nicht glauben, daß der Rrieg schon in diesem Jahr außbreche; im Großen Rat sprachen sich mehrere Männer ihrer Partei deutlich gegen die Unwendung von Waffengewalt aus. Aber auf die Tagfatungsverhandlungen hin wurde die Saltung der Nationalzeitung entschiedener. "Wenn die Milde keine Beachtung findet," schrieb sie, "muß die Tagsatung ihren Beschlüssen mit allem Nachdruck Achtung verschaffen. Ober will man warten, bis etwa der Druck von unten sich geltend macht?" Es war die Zeit, da fich der patriotische Verein dem Volksbund anschloß. Am 21. August nannte sie den Krieg bereits "das unvermeidliche Gewitter, das unsere von jesuitischen Dünsten geschwängerte politische Atmosphäre reinigt." fuchte die Zeitung das obrigkeitliche Recht der Tagfatung zum Einschreiten gegen die Ungehorsamen zu beweisen; wer die Tagsatung nicht als Obrigkeit anerkennen wolle, ber predige Bundesanarchie. Das Basler Oppositionsblatt, das noch vor wenigen Jahren die oberfte Bundesbehörde mit verächtlichen und heftigen Worten geschmäht hatte, war nun eine Verteidigerin ihrer gefetlichen Sobeit geworden. Aber freilich, die Tagfatung hatte fich felbst verwandelt; ihre Mehrheit vertrat nun den sogenannten "legalen" Radikalismus. Alm 9. September sprach die Nationalzeitung zum erstenmal davon, daß auch die neutralen Rantone ihre Truppen ftellen müßten, wenn die Notwendigkeit eintrete. Die Regierung von Bafel werde fich nicht beirren laffen, auch wenn man etwa Stimmen höre, die das Gegenteil verlangten. Indeffen waren in Basel gar nicht alle Freisinnigen friegsluftig; die liberalen Bürger sahen großenteils mit schwerem Bangen, wie die Soffnung auf eine friedliche Lösung täglich mehr verschwand. Auch stimmten die Berichte von Augenzeugen über die "grandiosen" Rüstungen der Sonderbündler manche Leute kleinlaut.

Die Ronfervativen schienen die kommende Entscheidung lange Zeit ziemlich passio abwarten zu wollen; jest, im September 1847, konnte Wilhelm Wackernagel seinem Schwager Bluntschli, dem Führer der zürcherischen Liberal-Ronservativen, berichten: "Man erhebt sich in Basel, zwar langsam, aber man erhebt, man ordnet sich, man sucht zum Bewußtsein und zu einiger Kraft zu kommen, und allerdings ist Schmidlin (damals Präsident des Bürgervereins) dabei die Hauptperson." Es scheinen einzelne Ronservative besonders das vielgelesene Tagblatt als Organ benüßt zu haben, um die Bürger und Einwohner systematisch, in gröberer und seinerer Weise, von der Ruchlosigkeit der radikalen Tagsatungsmehrheit, von der empörenden Ungerechtigkeit einer Kriegserklärung gegen die katholischen Stände und endlich auch von der Pstlicht zu überzeugen, einem ungerechten Kriegsaufgebot den Gehorsam zu verweigern. Aus die Frage: "Sollen wir in den Bürgerkrieg gegen unsere Miteidgenossen. Aus die Frage: "Sollen wir in den Bürgerkrieg gegen unsere Miteidgenossen. Aus die Schweiz nur ein Staatenbund ist. Bald mit staatsrechtlichen

Beweisen, bald mit Bibelstellen, bald mit ausführlichen Schilderungen der Schrecknisse vergangener Bürger- und Religionskriege, in Poesie und Prosa, suchten die ungenannten Schreiber die Leser zu bearbeiten. Luch der "Volksbote" war darin mit dem Tagblatt einig: Wenn unser souveräner Stand erklärt, er werde nicht marschieren lassen, so tut er, was er tun darf und hat sich nicht gegen die Obrigkeit gesett. Erst wenn unsere kantonale Regierung ihre Angehörigen ausbietet, dann ist es ein obrigkeitliches Gebot; dann muß der Einzelne darnach ringen, seiner Sache vor Gott gewiß zu werden und nach dieser Gewißheit, die ihm geworden ist, handeln.

Am 19. Oktober gab auch Ratsherr Seusler in der Basler Zeitung die bündige Erklärung ab: Es sei zwar unwahrscheinlich, daß der eidgenössische Rriegsrat die neutralen Stände wie Basel und Neuenburg aus ihrer Stellung drängen werde; aber wenn ein Aufgebot komme, solle man sich weigern, Folge zu leisten. Bon der Legalität einer Ständemehrheit, die übrigens nur durch Revolutionen und Drohungen zustande gekommen sei, könne gar keine Rede sein; der Bundesvertrag gebe keiner Mehrheit das Recht, im 19. Jahrhundert die Eidgenossenschaft durch einen Religionskrieg zu brandmarken.

Alls am 4. Oktober der Große Rat zusammentrat, ohne daß ihm die Regierung andere als harmlose örtliche Angelegenheiten zur Beratung vorlegte, da verlangten die Ronservativen Deputat La Roche und Präsident Schnell, es müßten den Gesandten für die bevorstehende Tagsatzung neue und bestimmtere Instruktionen gegeben werden und Bafel muffe deutlich aussprechen, daß es sich an dem bevorstehenden Rrieg, dem ungerechtesten, der je geführt worden sei, nicht beteiligen werde. Allein die große Mehrheit fand, die bisherige Instruktion genüge. Die beiden Bürgermeister und andere Redner wollten noch nicht alle Soffnung auf Vermittlung aufgeben, und die Frage, was Basel im Fall des Krieges tun muffe, jest noch nicht erörtern. Rudolf Merian glaubte bie Verficherung geben zu konnen, man werde auf Stande "mit geteilter Einwohnerschaft" Rückficht nehmen. Die Raditalen dagegen, voran Brenner, beriefen fich auf die berühmte "legale" Gefinnung Bafels, die es unbedingt verpflichte, einem Befehl der Tagfatung nachzukommen. Während von Seite der Regierung erklärt wurde, im Fall eines Aufgebotes werde der Große Rat zu einer außerordentlichen Beratung einberufen werden, vertrat Brenner den umgekehrten Standpunkt: Das gehe den Großen Rat gar nichts an; die Regierung sei kompetent, die Streitkräfte des Rantons der Tagfatung zur Verfügung zu stellen. Die Liberalen waren alfo jest bereit, im Widerspruch mit ihrer frühern Saltung, dem Rleinen Rat mehr Macht zuzugestehen als dem Großen oder vollends der Gesamtbürgerschaft. Entrüstet wies damals die Nationalzeitung den Wunsch einiger Ronfervativen zurück, man solle das Bolf über die entscheidende Frage abstimmen laffen. Die Ronfervativen schienen also jest zu Bekennern der Lehre von der Volkssouveränität geworden zu sein; und doch war der Tausch der Rollen im gegenwärtigen Augenblick sehr erklärlich: Die Liberalen glaubten des Rleinen Rates sicher zu sein, die Ronservativen des Großen Rates und der Mehrheit der stimmfähigen Bürger.

Der geheime Berichterstatter hatte schon Ende August die Weisung bekommen, besonders die Stimmung der Rontingentspflichtigen zu erforschen. Geine Ungaben sind oft widersprechend, aber darum gewiß nicht unrichtig. Ohne Zweifel war die Mehrheit der Bürger dem Krieg durchaus abgeneigt, dagegen war die Mehrzahl der ansäßigen Schweizer kriegsluftig gestimmt. Vom Kontingent heißt es am 3. September: "Die ledige Mannschaft, die nicht zu den bemittelten zählt, würde mit Luft ausziehen, die verheiratete Mannschaft von der gleichen Rlaffe mit Widerwillen, die bereits ziemlich gut etablierten mehr ungern, die Reichen nur, wenn fie muffen." Immerhin galt dies mehr für die Infanterie; im Artilleriekorps war die kriegerische Stimmung porherrschend. Unter den Bürgern und Einwohnern gab es allerdings nicht wenige Männer, die fich nur von ernsten Aberzeugungen und echter politischer Begeisterung leiten ließen; aber von ebenfo großer Bedeutung waren die verfchiedenen Ungfte, die beim Bolf und in den Behörden mitwirkten. Einerseits machten die Berichte von den "formidabeln" Rüftungen bes Sonderbunds in Verbindung mit der Erinnerung an die früheren Seldenkämpfe der Urkantone auf manche einen recht beklemmenden Eindruck; aber noch ftarter wirkte die Furcht, wenn fich Bafel gegen einen 3wölferbeschluß widerspenstig zeige, so werde es wieder wie 1833 mit eidgenössischen Truppen besett werden und müffe Oktupationskoften zahlen; dann werde man in der eigenen Stadt bose Unruhen haben. Auch bei vielen Ronservativen gewann deshalb die Meinung an Boden, man muffe fich eben boch einem Tagfatungsbefehl fügen. Sitige junge Radikale sprachen bereits von einem Putsch, der eine neue Tagfagungsinftruktion erzwingen sollte. Daran dachten die masvollen Liberalen zwar jest noch nicht, aber drohend erklärte die Nationalzeitung nach der erwähnten Großratssitzung: Man werde sehen, was die Freifinnigen wagten, wenn von verruchter Sand die Fahne des Aufruhrs gegen die Eidgenoffenschaft in Vasel aufgepflanzt werden wollte. Man begann sich in der Stadt gegenseitig mit mißtrauischer Furcht zu beobachten: siegten die Sonderbündler, woran manche Ronfervative feft glaubten, fo war auch die Sache der Baster Liberalen schwer bedroht; siegten die eidgenössischen Truppen, so sahen viele bereits eine radikale Gewaltherrschaft im eigenen Kanton voraus.

Von der Mitte des Oktobers an hatte das Ariegskommissariat ziemlich viel mit Urlaubsbegehren Dienstpflichtiger und mit Ausstellung von Reisepässen zu tun. Es waren meist jüngere Infanteristen, darunter sogenannte bessere Serren, die gerade jest in Geschäften ins Ausland verreisen wollten. Das Publikum und besonders die Kameraden glaubten eher an das Kanonensieber als an die Gewissensot derer, die sich vor der Entscheidung zu drücken suchten. Orohende und klagende Mahnungen zuhanden

der Behörden erschienen in den öffentlichen Blättern: es müsse der Verdacht entstehen, die Regierung wolle durch die Finger sehen und laufen und reisen lassen, was laufen und reisen wolle. Immerhin übertrieb das Gerücht die Zahl der Beurlaubten; auch verweigerte der Rat zwei Offizieren des Infanteriekontingents die von ihnen nachgesuchte Versetzung in die Landwehr.

Die letzten Vermittlungsversuche Basels und seine Stellung im Sonderbundsfrieg.

Am 18. Oktober 1847 war die Tagsatzung in Bern eröffnet worden. Nicht nur in der ganzen Schweiz, sondern auch in den Nachbarstaaten wartete man mit Spannung auf die Entscheidung der nächsten Tage. Die gemäßigten Staatsmänner der liberalen Mehrheit, Bürgermeister Furrer von Zürich, Landammann Munzinger von Solothurn, ber Thurgauer Dr. Rern und ber St. Galler Näff waren bereit, alles zu versuchen, um die Auflösung des Sonderbundes ohne Waffengewalt herbeizuführen. Die Gefandten von Baselstadt konnten vielleicht noch etwas ausrichten, wenn fie die ihnen näher ftehenden sonderbündlerischen Staatsmänner zu einem Entgegenkommen zu überreden vermochten. Freilich war die alte Freundschaft etwas wacklig geworden; an der Urner Landsgemeinde fehlte auf dem Festbogen unter den Wappen der bundesgetreuen Rantone das von Basel. "Früher haben es die Basler auch gut gemeint", bieß es; jest nannte die Urner Zeitung Bürgermeister Sarafin ergradikal, weil er fich in die Rommiffion zur Besprechung der Bundesrevision hatte mählen laffen. Auch empfanden die Basler Gesandten mit Bedauern die zunehmende Schroffheit der Sonderbundler an der Tagfatung. Bürgermeifter Sarafin schlug nun als einziges Mittel zur Erhaltung des Friedens vor: Die Tagfatung folle eine Rommiffion aufftellen, die mit den Gefandten der fieben Stände zusammentrete und deren Unsprüche und Beschwerden gutlich bespreche. Aber nur das neutrale Neuenburg und von den Sonderbündlern das aus Ungft zur Bermittlung neigende Bug waren damit einverstanden. Die Mehrheit der Stände beschloß, in jeden der Sonderbundskantone zwei eidgenöffische Repräsentanten zu schicken, die vor den Behörden oder vor dem Volk eindringlich zum Rücktritt vom Sonderbund raten und zugleich eine beschwichtigende und friedlich klingende Proklamation verlefen follten. Da fie aber nicht verhieß, der Jefuitenbeschluß werde zurückgenommen, lehnte es der zweite Gefandte von Bafel, Rudolf Merian, ab, als Repräsentant nach Freiburg zu gehen; doch beschworen beide